

# Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Wilsdruff erhält mit Übernahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Druckpreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsern Vertreter zugunsten in der Stadt monatlich 4.00 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.50 Mk. mit Postgebühren. Alle Postgebühren und Postzinsen sowie andere Kosten und Gebühren müssen separat bezahlungen erfolgen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler seinen Wilsdruff auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Druckpreises.



Interessanter 1 Mk. für die Kuppel des Rathhauses oder deren Raum, Leipzig 1/2, Arkenau 2.00 Mk. Bei Bezeichnung und Zeichnung entsprechender Druckarbeiten, Zeichnungen in amtlichen Teil von Zeichnungen die Zeichnungen 3 Mk. Nachdruckgebühren 20 Pfg. Nachdruckgebühren bei Beauftragten 10 Pfg. für die Abnahme der durch Herrn Wilsdruff übernommenen Wilsdruff. Jeder Nachdruck enthält einen der Betrag nach Tage eingezogen werden muß über der Auftragsgeber in Kenntnis gesetzt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 77.

Sonntag den 3. April 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachung

#### über den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Bei der Verwendung der Steuermarken für die ersten, im neuen Steuerjahr (1. April 1921 bis 31. März 1922) vom Lohn, Gehalt oder Ruhegehalt für die Einkommensteuer einbehaltenen Beträge hat der Arbeitgeber oder die auszahlende Kasse in der Steuerkarte des Arbeitnehmers ein neues Blatt anzufügen und dieses mit der Ueberschrift: „Steuerjahr 1921“ zu versehen.

Wenn die einbehaltenen Beträge vom Arbeitgeber unmittelbar an die Stadt, oder Orts-Steuereinnahme abgeführt, so ist auf den Nachweisungen der Vermerk: „Steuerjahr 1921“ anzubringen.

Wilsdruff, am 31. März 1921.

Das Finanzamt.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.**

Bei uns sind eingegangen vom **Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 32. Stück vom Jahre 1920, vom Reichsgesetzblatt Nr. 238 bis 243 vom Jahre 1920 und Nr. 1 bis 27 vom Jahre 1921.**

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschläge in der Hauskur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 1. April 1921.

3262

Der Stadtrat.

### Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Meissen wird der von **Untersdorf nach Reffelsdorf führende Kommunikationsweg zwischen Untersdorf und der von Steubach nach Kaufbach führende Weg vom 4. bis mit 9. April wegen Massenschutt gesperrt.** Der Verkehr wird über Kaufbach verwiesen.

Untersdorf, den 2. April 1921.

3265

Vorsdorf, Gemeindevorstand.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Rücktransport der Stimmberechtigten außerhalb Ober-Schlesiens, die an der Abstimmung teilgenommen haben, ist beendet.
- \* Wäher sind von Deutschland 48 000 Gewehre und 74 000 Maschinengewehre an die Entente ausgeliefert worden.
- \* Wie vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen gemeldet wird, hat die Verbinderbande, die vor einigen Tagen in Wilsdruff gefangen worden ist, zugelassen, daß sie unter Leitung von Max Holz die Dynamitkammer im Freistaat Sachsen und der Provinz Sachsen verläßt hat.
- \* Die sozialdemokratische Presse protestiert gleichfalls gegen die ungeheure Verteuerung des Zeitungspapiers und fordert sofortiges Eingreifen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
- \* Der bei einem Mordverbrechen verwendete Berliner Kommunionsführer Solt ist geflohen.
- \* Die tschechische Regierung hat in Budapest erklärt lassen, daß sie ein längeres Verweilen des Königs Karl in Ungarn als Kriegsfall ansehen müsse.
- \* Nach Meldungen aus Paris hat die französische Regierung ein Rundschreiben gegen die Thronbesteigung Kaiser Karls erlassen.

### Auf dem Vulkan.

Die europäische Welt ist nicht gemühter geworden seit Abschluß der großartigen Friedensverträge von Versailles, von Trianon und von Sevres. Auch der mit viel tausend Euren ins Leben getretene Völkerbund hat noch keine Gelegenheit gehabt, sich mit Ruhm zu bedecken. Eben wird bekannt, daß er den ersten — Zahlungsbefehl erlassen hat, an **Afrika**, das seine Staatsbeiträge für die Lasten des Bundes schuldig geblieben ist, wahrheitsgemäß, weil es selbst diese geringen Summen im eigenen Lande nützlich unterbringen kann, und es vorzieht, unter solanen Umständen lieber seine Mitgliedschaft in dieser als Krönung des Menschenneisses geprüften Schöpfung aufzugeben. Sein Beispiel wird voraussichtlich von andern kleinen Staaten, deren Beitritt zum Völkerbund genau ebenso „freiwillig“ erfolgt war wie derjenige von Afrika, befolgt werden, und so wird in absehbarer Zeit von der westmässigen Organisation der Staaten und Nationen, um die man sich in Paris so furchtbar ernsthaft die Köpfe zerbrochen hat, nicht allzuviel mehr übrigbleiben.

Jedem machen jetzt auch andere Leute die gleiche Erfahrung, die uns Deutschen fast jeder neue Tag, den Gott werden läßt, mit dem Versfaller Verträge beschieden ist: Wenn die Bestimmungen des Abkommens über den Völkerbund nicht passen, der freist sie ab wie eine Fessel, die man sich, nur um den **Anscheln** des Verbundenseins hervorzuweisen, also um andere zu täuschen, um den Arm gelegt hat. Streifzüge sollen bekanntlich dem Schiedsgericht des Völkerbundes zur Schlichtung unterbreitet, und nur, wenn diese sich als unzulässig erweist, darf dann zu dem äußersten Mittel, zu den Waffen, gegriffen werden. Das aber erst, wenn drei Monate darüber hingegangen sind — man wolle, angeblick, verüben, daß unter dem unwiderstehlichen Eindruck harterregter Volkstimungen oder um der militärischen Vorteile sofortigen Losschlagns willen der Friede gebrochen wird. Kaum war indessen **Erzönig Karl in Steuamanger** eingetroffen, um seine Ansprüche auf den ungarischen Thron geltend zu machen, war die sogenannte „Kleine Entente“, also der tschechisch-jugoslawisch-rumänische Dreieck wie aus der Pistole geschossen mit der Erklärung auf dem Plan, daß jeder Versuch, den Habsburger, wenn auch nur in Ungarn, wieder zur Macht zuzulassen, von ihnen mit kriegerischen Maßnahmen beantwortet werden würde. Dieses drohende Wiederaufstehen unseres ehemaligen Bundesgenossen auf dem Schauplatz seiner recht zweifelhaften Heldentaten aus der Weltkriegszeit ist überhaupt ein Kapitel für sich. So haben diese Reiche er sich schon gelistet hat, so war doch von vornherein nicht anzunehmen, daß er diesen Plänen ins Ungarische ganz auf eigene Faust oder etwa

nur auf selbstfertige Vorkäufereien liebedeuerlicher Vorkäufereien gewagt haben sollte. Schon die Tatsache, daß der sehr kluge, sehr weiterfahrende und sehr vorsichtige Graf Andrássy sich ihm ohne Bedenken als Sprachrohr für die magyarische Nation zur Verfügung stellte, verleiht dem überraschenden Unternehmen eine besondere Bedeutung, und wenn jetzt mit wachsender Bestimmtheit behauptet wird, daß Frankreich mit dem Erlaßer im Wunde gewesen sei, um ihn, das stets gelungene Werkzeug, in den Dienst seiner Orient- wie seiner Süddeutschlandspolitik zu stellen, so können zu diesem Erklärungsversuche nur solche naiven Leute den Kopf schütteln, die da meinen, die neue Ära des Völkerbundes habe der Geheimdiplomatie ebenso sehr wie der Möglichkeit von Intrigen „treuer“ Bundesgenossen unter- und gegeneinander ein Ziel gesetzt. Daß mit den Nachfolgestaaten der zusammengebrochenen Donau-Monarchie in ihrer gegenwärtigen Verfassung für französische Weltbeherrschungswende nicht viel anzufangen ist, darüber ist man sich auch an der Seine nachgerade klar geworden. Bleibt also im Grunde wirklich nur die Errichtung oder die Zulassung irgendeines monarchischen Gebildes, das die auseinanderstrebenden Völkerschaften unter kräftiger Führung zu einem verwendbaren Faktor selbstbeherrschter Außenpolitik — eines anderen neugeschaffenen könnte. Daß Karl von Habsburg für eine solche Rolle wie geschaffen ist, hat die Welt gemutmaßt erfahren.

Die „Kleine Entente“ käme so allerdings sehr bald wieder zum Sterben, und es wäre ganz gewiß nicht schön, wenn sie sich sagen müßte, daß ihr großer Bruder im Westen es gewesen ist, der ihr ebenso zum Tode wie zum Leben verholfen hätte. Aber von Gewissensskrupeln läßt sich die französische Politik ganz sicher nicht leiten, heute weniger als je; denn auch sie fühlt den Grund unter sich wanken, auch sie steht auf vulkanischem Boden, seitdem die Mitterand und Briand das Sprengpulver des Versfaller Vertrages noch fortgesetzt mit dem Dynamit von „Sanktionen“ vermüht haben, um ihr vermeintliches Lebensrecht gegen Deutschland und alle diejenigen, die nicht partout nach der französischen Weise tanzen wollen, zu verteidigen. So aber wird der Erfolg nur in Erdeinstürzen bestehen, die schließlich auch die Siegerstaaten verhängen müssen.

### Die Waffenablieferung.

Bisher 48 000 Gewehre.

Neuter meldet, in Anbetracht der Unruhen in verschiedenen Teilen Deutschlands seien die letzten Zahlen über das Fortschreiten der Entwafrung Deutschlands von Interesse. Die Ablieferung und Zerstörung von Kriegsmaterial in der Zeit vom 24. Februar bis 24. März sei weiterhin zufriedenstellend. Es blieben nur noch 1100 Gewehre für Deutschland anzuliefern. Im vergangenen Monat seien 700 Gewehre ausgeliefert und zerstört worden. Damit sei die Zahl der bisher ausgelieferten Gewehre auf ungefähr 30 000 gestiegen. An Maschinengewehre mußten noch 10 700 ausgeliefert werden. Im letzten Monat wurden 6800 Maschinengewehre zerstört. Damit beträgt die Zahl der bisher zerstörten Maschinengewehre 67 000. Außerdem wurden 205 000 Gewehre und Karabiner im vergangenen Monat ausgeliefert und vernichtet, was die Gesamtzahl der bisher vernichteten auf 3 250 000 erhöht. Auszuliefern seien noch 230 600 Gewehre. Die Schließung der Festungen werde wohl nicht vor sechs Monaten beendet sein. Der einzige unbefriedigende Punkt sei, daß die Bewaffnung der Festungen in Königsberg und Küstrin noch nicht ausgeliefert sei.

Hierzu wird halbamtlich von deutscher Seite bemerkt: Wenn auch die obige Darstellung im allgemeinen zutreffend ist, so ist doch hinzuzufügen, daß die Zahl der zerstörten Waffen durchgehend zu niedrig angegeben ist. Am 31. Januar d. J. waren tatsächlich bereits 48 000 Gewehre, 74 000 Maschinengewehre, 3 750 000 Gewehre und Karabiner zerstört. Dabei sind die Ablieferungen gemäß der Waffenstillstandsbedingungen, d. h. 2500 leichte, 3365 schwere Gewehre, 23 188 Maschinen-

gewehre nicht berücksichtigt. Was den „einzigen unbefriedigenden Punkt“ anlangt, den Neuter hervorhebt, die Bewaffnung von Königsberg und Küstrin, so ist dazu zu bemerken, daß die Bestückung beider Festungen insgesamt nur 558 Gewehre beträgt. Die deutsche Regierung hat sich über den Rechtsstandpunkt in dieser Frage in ihrer Note an die Militärkontrollkommission ausführlich geäußert.

### Kriegsdrohungen gegen Ungarn.

Tschechoslowakisches Ultimatum.

Der Kaisereritt des Erzherzogs Karl ins ungarische Land wächst sich allmählich zu einer drohenden neuen Kriegsgesfahr aus. Schon hat die tschechoslowakische Republik ein unverhülltes Ultimatum nach Budapest ergehen lassen, das in folgender Weise auf dem Umwege über Rom bekannt gegeben wurde:

Der tschechoslowakische Gesandte in Rom hat im Auftrag seiner Regierung dem Grafen Sforza davon Mitteilung gemacht, daß ein Verbleiben Kaiser Karls in Ungarn seitens der Tschechoslowakei über eine bestimmte Frist hinaus nicht geduldet werden könne und als Kriegsfall angesehen werden müßte. Die ungarische Regierung sei von Prag aus entsprechend verhandelt worden.

Die jugoslawische Regierung in Belgrad soll diesen Standpunkt teilen und folgende Beschlüsse gefaßt haben:

Die Wiederbesetzung der Habsburger auf den ungarischen Thron würde von der jugoslawischen Regierung als ein Kriegsfall betrachtet. Drei Armeekorps, von Belgrad, Agrar und Kowib, werden sofort mobilisiert. Wenn ein Habsburger sich des ungarischen Thrones bemächtigen würde, so würde Jugoslawien folgende Repräsentanten absetzen: das Rotenkreuz von Weck würde endgültig beseitigt werden, ebenso würde die Stadt Szegedin militärisch besetzt werden. Die diplomatischen Vertreter Ungarns seien von diesen Beschlüssen verständigt worden.

Karl von Habsburg.

Das Ende des Abenteuers.

Die eintausenden Nachrichten widersprechen sich zum großen Teile, so daß ein zutreffendes Bild vom wirklichen Stand der Dinge kaum zu geben ist. Einige Wiener offiziöse Nachrichten sprechen von der bevorstehenden Abreise des Habsburgers und stellen damit die Beendigung dieses neuesten Abenteuers in Aussicht. Nach Erklärungen der tschechischen Staatsmänner sei es bereits gewiß, daß die Abreise des ehemaligen Kaisers Karl aus Steuamanger in aller kürzester Frist erfolgen wird. Der ungarische Geschäftsträger in Wien sei bei der österreichischen Regierung erschienen und habe die Erklärung abgegeben, daß der Erzherzog aus Ungarn abreisen werde. Er erhält freies Geleit durch Österreich und werde in der Schweiz neuerdings Aufnahme finden.

Die Nationalversammlung verlangt Ausweisung.

Die ungarische Nationalversammlung forderte die Regierung auf, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, damit der Erzherzog aus dem Lande entfernt werde. Erzherzog Karl soll angeblich die Ausweisung getan haben, er möchte gern mit seiner Familie wenigstens solange in Ungarn verbleiben, als seine Antwohtheit nicht zu Kriegs-

